

Nr. 48

21. Jahrg.

Fernsprecher:

Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postleitzahl: Dresden Nr. 14797

Sonntag, 26. Februar 1922

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-N. 16, Holbeinstraße 48

Sächsische Volkszeitung

Besuchspreis: Wochentheft 24 R., zweimonatlich 16 R., monatlich 8 R. bei Post. Einzelnummer 60 R. Die Sächsische Volkszeitung erscheint leichter wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion: 8 bis 9 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zugesetzte und mit Adressen nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen: Nummern von Zeitungsanzeigen ab 10, von Sammelanzeigen 100 R. ab norm. Anzeigenpreis für die Seiten 8,00. Sammelanzeigen 2,75 für Vereine 2,50, die Abonnement 80 R. — Offertreibende für Zeitungen ab 100 R. — Bei Verbreitung durch die Post angedeutet Postabgabe. — Für und unter geschätzte sowie durch den Redakteur angezeigte Ansätze sowie mit der Ausserordnung oder die Absicht des Redakteurs nicht überredete Annahme in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Joh. B. & C. Scholz, & Co. Bautzner Str. 10, B. Schmidtsche 4

Regina-Palast Jeden Dienstag und Freitag: **Gesellschafts-Ball**

Dresden, Waisenhausstraße 22 ■■■ Abends-Toilette erbeten ■■■ Tischbestellung Fernruf 13054

Tageschau

Eine neutrale Kommission der Eisenbahnbüroamten, bestehend aus Mitgliedern der Reichsbahngewerkschaft und dem Syndikus einer Bahngewerkschaft verhandeln mit dem Reichsminister Grüner über die Durchführung der Maßregelungen, wobei besonders der Begriff „Arbeitsfreiheit“ erläutert wurde. Grüner erklärte, er könne keine Erklärungen in der Frage der Disziplinierungen aufzeigen, er werde aber bestrebt sein, Milde walten zu lassen.

Der bisherige Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. von Krause hat seine Wiederwahl hohen Alters wegen abgelehnt, an seiner Stelle wurde Dr. von Campe, als Stellvertreter Vorsitzender Dr. Hesse gewählt.

Wege des Petersdorfer Friedhofes, woher ein Polizei-wachmeister von französischen Soldaten erschossen wurde, richtete nach halbwöchlicher Meldung das Auswärtige Amt eine Note an die französische Regierung.

Die Braunschweigische Landesregierung hat die Kirchenregierung erachtet, die Wiederaufnahme des Bützages als gesetzlichen Feiertag anzutreten, möglichst mit Verlegung des Bützages auf den 9. November.

Die Besprechungen über das Sicherheitsproblem wurden gestern vorzeitig von den bürgerlichen Regierungsparteien und Reichsfinanzminister Hermes mit der Deutschen Volkspartei eröffnet.

Ein Rückzug

Die sozialistische Regierungskoalition Sachsen hat aus Freuden einer demokratischen Rückzug angekündigt. Sie hatte von der Regierung eine Gesetzesvorlage verlangt, in der der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage gemacht werden sollen. Bei der Vorberatung der Vorlage erklärten die bürgerlichen Parteien, sie würden diese Verordnung allein nicht sozialistisch denkenden Kreise damit beantworten, daß sie über dieses Gesetz einen Volksentscheid herbeiführen würden, wenn es im Landtag angenommen werden sollte. Nunmehr gingen den Sozialdemokraten doch Bedenken bei, ob sie es auf den Volksentscheid annehmen lassen könnten. Sie teilen offenbar die Ansicht der bürgerlichen Kreise, daß das Volk sich in diesem Falle gegen die Sozialdemokratie und ihre Regierung wenden würde. Deshalb suchten sie die Schlußabstimmung über die Angelegenheit zu verzögern. Der mehrheitlich sozialistische Abgeordnete Böthe als Mitberichterstatter war trotz verschiedenster Aufforderungen nicht zu bewegen, der Landtagssitzung einen Bericht zugehen zu lassen.

In der letzten Landtagssitzung forderte der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Böthe, daß die Sache nun endlich erledigt und auf die Tagessordnung der nächsten Sitzung gebracht werde. Der gleiche Abgeordnete Böthe, der in den langen Wochen den höchsten fünf Zeilen laugen Verlust nicht fertig zu stellen vermochte, war nun auf einmal sehr lebendig: er verfasste einen bereits fertiggestellten Gegenantrag, der darauf hinzufließt, die Abstimmung bis Ende März auszusetzen. Mit der bekannten zwei-Stimmen-Mehrheit wurde dieser Gegenantrag angenommen.

Das sieht, oberflächlich betrachtet, beinahe wie ein Sieg aus und ist doch tatsächlich ein kümmerlicher Rückzug, der einer inneren, aber empfindlichen Niederlage folgt. Die Sozialdemokratie zeigt es offenbar nicht, diese Verzögerung der Staatsbürgen vor dem Volke zu vertreten. Sie fürchtet mit Recht, daß sohlfreie Arbeiter und Arbeitersfrauen von dem Damaergeschäft der Revolutionsfeiertage nichts wissen wollen, sie sieht das Urteil der Wähler. Am vergangenen Sommer habe mindestens die von Lipinski geführte Regierung den Ruf, einen Appell an die Wählerschaft vorzuschlagen, jetzt ist nicht nur den Regierungsparteien, sondern auch der Regierung hängt davon, ihre Abstimmung dem Urteil des Volkes zu unterstellen.

Man sollte meinen, die Sozialdemokratie würde mit beiden Händen nach der Möglichkeit der Landtagsaufstellung fassen. Wenn man die Linkspresse glauben wollte, dann möchte gerade jetzt die stärkste sozialistische Morgenpost. Man weiß ja so viel zu Scheinen von den angeblich anßenpolitischen Erfolgen der stark sozialistisch durchsetzten Reichsregierung. Die vor der Türe liegenden Steuerkämpfe bilden nach sozialistischer Auffassung eine treffliche Wahlparole. Die Wahlenreihenfolge müßte dem Radikalismus feiern. Der in Sachsen herrschende Radikalismus macht scheinbar unter der Führung des Reichsregierungschefs eine moralische Erhebung im Reich. Trotzdem fürchtet dieser Radikalismus in seinem Heimatlande die Entscheidung des Volkes.

Der zur Schau getragene Optimismus der sozialistischen Presse ist eben falsch, er wird nur vorgelöst. Dahinter verbirgt sich innere Unsicherheit, Bodenlosigkeit und — wie der Abgeordnete Dr. Riehmann, zum Schmerz des Ministerpräsidenten Böthe, aber trocken sehr richtig einmal gesagt hat — innere Unschicklichkeit. Man weiß in den Kreisen der Regierung und der Regierungsparteien sehr wohl, daß ihre Personalpolitik bei der

Ein Appell des Apostolischen Nuntius Pacelli

R. R. Auf die Mitteilung von der geplanten Hilfsaktion zugunsten des hungernden Auslands hin, hat Seine Exzellenz der hochw. Herr Nuntius Pacelli an einen der Herausgeber der „Katholischen Korrespondenz“ folgendes Schreiben gerichtet:

München, 15. Februar.

Euer Hochwohlgeboren sehr geschätztes Schreiben vom 2. d. Mo. nebst „Anhänger des Katholiken Deutschlands“ zugunsten des hungernden Auslands habe ich erhalten.

Gern und in voller Erkenntnis der schrecklichen Lage des russischen Volkes schließe ich mich den hochwürdigsten Herren Kardinalen Bertram und Schulte an und bitte und beschwore meinerseits die deutschen Katholiken, von der eigenen Not den Blick über die nahe Ostgrenze zu lenken auf das heutige viel größere Elend, das ein Millionenvolk zu vernichten droht. Wer irgend kann, möge das Seine beisteuern in die Liebe Christi für die dem Tode und der Verzweiflung nahen Menschen im unglücklichen Ausland. Der verehrte heilige Vater Papst Benedikt XV. hat mittelvollen Herzens den Rotschrei vom Osten her vernommen und die allzit' mitleidige Hand weit ausgetan, um den Hungenden beizustehen. Ich zweifle nicht daran, daß auch das deutsche Volk, vorab die deutschen Katholiken, diesem erhabenen Beispiel nach stricken folgen wird. Gezeigt sei jede Gabe für die Armen!

Ich gebe der zuverlässlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Aktion zur Hilfe in höchster Not in den breiten Massen des katholischen Volkes eine günstige Aufnahme finden wird. Ich halte sie zudem für geeignet, den Gedanken der katholischen Caritas und den Geist der wahren Volkerverbindung in reelle Erscheinung treten zu lassen.

Als kleinen Beitrag zu obigem Zweck erlaubt sich die Nuntiatur 10.000 Mark zu übersenden.

Der gottwohlgefälligen Auseinandersetzung besten Erfolg wünschend, und alle, welche sie im Geiste der christlichen Nachsinnliebe aufnehmen, der Aussicht der bürgerlichen Kreise, daß das Volk sich in diesem Falle gegen die Sozialdemokratie und ihre Regierung wenden würde. Deshalb suchten sie die Schlußabstimmung über die Angelegenheit zu verzögern. Der mehrheitlich sozialistische Abgeordnete Böthe als Mitberichterstatter war trotz verschiedenster Aufforderungen nicht zu bewegen, der Landtagssitzung einen Bericht zugehen zu lassen.

Wie die R. R. weiter mitteilt, haben die hochwürdigsten Herren Kardinalen von Brasilius und Köln ebenfalls namhafte Summen der Auslandsrente zugewiesen. Das Echo, das der Aufruf im katholischen Volke gefunden hat, ist hocherfreulich. In allen Teilen Deutschlands macht sich ein reger Eifer bemerkbar, zu der Spende, die als Totensonnen zum Gedächtnis des verstorbenen Heiligen Papstes Benedikt XV. seinem Nachfolger Pius XI. überreicht werden soll, nach Kräften beizusteuern. Insbesondere sind es die Jugendlichen, die in Schulen und Vereinen diesen Werkt der internationalen katholischen Caritas mit weitem Begeisterung unterstützen. In der jährlichen Diaspora fanden im Beilag der „Sächsischen Volkszeitung“ als erster Beitrag auf den Aufruf hin, tausend Mark von einem Dienstmädchen.

Wie machen daraus außerdem, daß die Geschäftsstelle unserer Zeitung gerne Gaben zur Weiterleitung entgegen nimmt. Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Überzeugendes Volkserheben nicht gebilligt wird, daß man die von Lipinski herbeigeführte Verfehlung des Landespolizei bedenkt findet, daß man über den Kampf des „neuen Systems“ gegen Religion und Kirche gerodet entsteht ist, daß man überhaupt mit der ganzen Richtung mehr und mehr unzufrieden wird. Die eigentlich Regierungsparteien glauben bei einer Verschiebung der Entscheidung eine parteipolitisch günstiger Stellung zu erreichen; die Unabhängigen redeten auf Zugung von den Kommunisten, die Mehrheit auf solchen von den Unabhängigen. Neben diesen Erwägungen spielen wohl die mehr wahlrechtlichen Gedanken, daß der zu Ende gehende Winter kein recht geeigneter Zeitpunkt für Wahlen sei und daß es um die Wahlkosten der Linken nicht zum Besten steht, in untergeordneten Rollen mit.

Mögen Sozialisten und Unabhängige die ihnen von der Geduld der Städtebürgen gewohnte Schönzeit durch ihren Rückzug einige Monate verlängert haben, der endgültigen Auseinandersetzung entzinnen sie dadurch nicht. Wenn sie geglaubt haben, durch ihren Rückzug den nächsten Kampf in einer rechtlich günstigeren Stellung führen zu können, dann spekulieren sie auf die Vergleichlichkeit der Wähler. Es ist darauf gesorgt — sie selbst haben dazu rechtlich beigetragen — daß sie bei dieser Spekulation nicht auf die Kosten kommen.

Aus dem Ausland

Französisch-russische Verhandlungen in London

London, 25. Februar. „Chicago Tribune“ behauptet, daß in der letzten Zeit französisch-russische Verhandlungen zwischen Bouillon und Krassin in London geführt worden seien, wobei ersterer ein Konzertum französischer Banken und Industrievertreter habe vertreten habe.

Die Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt

Paris, 25. Februar. Zwischen den Alliierten finden gegenwärtig Verhandlungen darüber statt, wie nach dem von G. Wall. R. erlaubtes Wiederaufnahme des Hauses von Flugzeugen Deutschland kontrolliert werden soll. Vermischlich Frankreich bemüht sich eifrig, eine wichtige Überwachung der deutschen Luftschiffahrt zu erreichen. Über die Bedingungen und Formen dieser Kontrolle ist man bisher aber noch zu keiner Einigung gelommen.

Die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré

London, 25. Februar. Lloyd George hat gestern nachmittag London verlassen und die Nacht in Brünn verbracht. Heute vormittag wird er mit dem Dampfer nach Calais abfahren und wahrscheinlich im Auto nach Boulogne weiterreisen. Nachmittags wird er mit dem Dampfer wieder zurückkehren und hierzu in Brünn übernachten und wohl erst am Montag nach London zurückkehren. Die gemeldeten Vorbereitungen bei der Unterpräfektur in Boulogne zum Treffen der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré werden bestätigt. Der genaue Ort der Zusammenkunft ist immer noch nicht bekannt. Vielleicht ist er gar nicht endgültig festgelegt.

Deutsches Reich

Verleumdungen gegen den Minister Hermes

Berlin, 25. Februar. Wie die „Mercuria“ berichtet, ist die Behauptung aufgestellt, daß Intrigen des Ministers Hermes gegen den Reichslandrat Dr. Wirth zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hätten und daß ferner ein Parteienterungsversuch gegen seine Person eingelegt worden sei, weil erhebliche Bedenken gegen seine Personalpolitik beständen. Wie die „Mercuria“ vor der Zeitung der Zentrumspartie auf Anzeige erfuhr, sind diese Behauptungen durchaus unwahr. Der Zentrumspartei ist von Intrigen des Reichsministers Hermes gegen den Kaiser gar nichts bekannt. Unwahr ist gleichfalls die Behauptung, daß ein Parteienterungsversuch gegen den Reichsminister Hermes eingelegt worden sei.

Das deutsche Kind in Nancy

Berlin, 25. Februar. Die weiblichen Mitglieder sämtlicher Parteien des Reichstages wollen eine gemeinsame Erklärung gegen die Ungehörigkeit der Verschöpfung des deutschen Kindes in Nancy als Schandfond abgeben.

Die Ausreise des Grafen Luckner

Berlin, 25. Februar. Graf von Luckner, der irische Kaufmann des „Seeadler“ hatte vom Reichswohlfahrtsministerium die nachgelassene Einreise erworben, eine Vorstrafe in Schweden zu unterziehen. Das Auswärtige Amt verzögert jedoch jetzt die Ausreise aus bisher unbekannten Gründen.

Beginn der Holländischen Tage in Berlin

Berlin, 25. Februar. Die Holländischen Tage sind gestern in Berlin durch den Empfang der Vorstandsmitglieder des holländischen Vereins „Niederland in de Stoom“ durch den Magistrat eingeleitet worden. Im Laufe des Nachmittags fand eine Festveranstaltung in der Universität und ein Festessen im Hotel „Spanische“ statt. Morgen folgt eine Verfehlung des Schauspielers, dem ein Vortrag des Geheimrats Professor Dr. Venk mit anschließendem Tee folgt.

Der Dollar-Kurs

Berlin, 24. Februar. Der Dollar notierte heute vormittag bei etwas gesetziger Tendenz 218 bis 221.

Bandenüberfall in Beuthen

Beuthen, 25. Februar. Gestern abend kurz vor 7 Uhr fanden in das Zigarettengeschäft Roemann in der Steinkauerstraße drei Banditen. Sie bedrohten den Inhaber mit der Waffe und machten sich an die Beuteziehung desselben, sowie der Ladenloft. Auf die Inhaber des Inhabers kam eine Apothekerin, die sofort den Kampf mit den Einbrechern aufnahm. Eine von ihnen gelang es, aus dem Laden zu entkommen; sie wurden von den Apotheken verfolgt, der eine von ihnen wurde durch Schüsse zur Strecke gebracht, während der andere entflohen konnte. Zwischen dem in dem Laden verbleibenden Einbrecher und dem Inhaber kam es zu einem verzweigten Kampf, der erst von den zielenden Schüsseleuten beigelegt werden konnte. Die festgenommenen wurden nach dem Polizeigefängnis gebracht.